

3
4
5
6 **Wahlauswertung**

7
8 **1. Zu den Wahlergebnissen**

9
10 Die LINKE Berlin erlitt eine bittere Niederlage bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus
11 und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 18. September 2011. Mit 11,7 % der
12 Zweitstimmen wurde sie nur noch viertstärkste politische Kraft im Land **Berlin** und hat
13 gemessen an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den
14 Bezirksverordnetenversammlungen im Jahr 2006 prozentuale Verluste von 1,7 % zu
15 verzeichnen. Insgesamt haben wir nun 19 Sitze im Abgeordnetenhaus von Berlin – davon 9
16 über Direktkandidaturen in den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Mitte.
17

Zweitstimmen Abgeordnetenhaus							
		1990	1995	1999	2001	2006	2011
Berlin	SPD	30,4	23,6	22,4	29,7	30,8	28,3
Ost		32,1	20,2	17,8	23,2	29,8	28,8
West		29,5	25,5	25,2	33,7	31,4	27,9
Berlin	CDU	40,4	37,4	40,8	23,8	21,3	23,3
Ost		25,0	23,6	26,9	12,4	11,4	14,2
West		49,0	45,6	49,3	30,8	27,7	29,5
Berlin	Die Linke	9,2	14,6	17,7	22,6	13,4	11,7
Ost		23,6	26,3	39,5	47,6	28,1	22,7
West		1,1	2,1	4,2	6,9	4,2	4,3
Berlin	Grüne	9,3	13,2	9,9	9,1	13,1	17,6
Ost		11,4	10,0	6,4	5,9	10,5	13,5
West		8,2	15,0	12,1	11,1	14,8	20,3
Berlin	FDP	7,1	2,5	2,2	9,9	7,6	1,8
Ost		5,6	1,1	1,1	5,3	4,9	1,2
West		7,9	3,4	2,8	12,8	9,3	2,3
Berlin	Piraten						8,9
Ost							10,1
West							8,1

18
19
20 Im Ostteil Berlins errang die LINKE 2001 noch ein Anteil von 47,6 % der Wähler, 2005 29,5 %,
21 2006 noch einen Anteil von 28,1, % und in diesem Jahr nur 22,7 %. Damit sind wir nicht mehr
22 stärkste Kraft im Ostteils Berlin. Damit haben wir eines unserer wesentlichen Wahlziele verfehlt.
23

24 Die rot-rote Koalition in Berlin – beide Parteien zusammengerechnet - erzielte das schlechteste
25 Wahlergebnis: 2001 waren es 52,3 %, 2002 zu den Bundestagswahlen wären es 50,7 %
26 gewesen, 2006 konnten nur 44,2 % gewonnen werden zu den Bundestagswahlen 2009 wären
27 es 40,4 % gewesen und 2011 nun sind es 40 %.

28
29 Als eine nach wie vor gering ist die Wahlbeteiligung der Berlinerinnen und Berliner von 60,2 %
30 zu werten; 2006 waren es 58 %. Der hohe Anteil der Nichtwähler hat sicherlich ein
31 vielschichtiges Ursachengeflecht, welches bundes- und landespolitisch begründet ist.

32 **Die Piraten** sind der Wahlsieger dieser Wahlen. Erstmals ziehen sie in ein Landesparlament
 33 ein. Ihren Erfolg errangen sie vor allem im „linken Lager“, bei den kleineren Parteien und bei
 34 den Nichtwählern. Dieser Erfolg hat zwei Gesichter: einerseits das Gesicht von Themen und
 35 anderem Stil (Datenschutz, Urheberrecht u.a., Transparenz in der Verwaltung und Politik,
 36 Politikstil) und andererseits das Gesicht von Protest gegen die etablierten Parteien, von etwas
 37 Neuem und Überraschenden und der sich ausbreitenden Lebens- und Wahrnehmungswelt
 38 einer Generation, für die die Nutzung digitaler Medien und insbesondere des Internets einen
 39 wesentlichen Teil ihrer Lebenswirklichkeit ausmacht.

40
 41 Der landes- und bundespolitische Abwärtstrend war auch für den Bezirk **Pankow**
 42 kennzeichnend. Das erste politische Ziel – zweitstärkste politische Kraft zu bleiben - konnte
 43 nicht erreicht werden. DIE LINKE Pankow wurde bei den diesjährigen Wahlen nach den Grünen
 44 nur drittstärkste politische Kraft im Bezirk.

DIE LINKE Pankow	1998 (BT)	1999 (Bln)	2001(Bln)	2002 (BT)	2005 (BT)	2006 (Bln)	2011 (Bln)
Anteil	25,7 %	34,4 %	42,9 %	20,6 %	24,7 %	22,2 %	18,5 %

46
 47 Deutliche Stimmenverluste sind für den Berliner City-Bereich mit einer bevölkerungsreichen
 48 Wohnstruktur insgesamt (ehem. Mitte, Friedrichshain und ehem. Prenzlauer Berg)
 49 kennzeichnend. Ursachen liegen insbesondere an dem sozio-kulturellen Umschlag durch einen
 50 deutlichen Bevölkerungswechsel. Dieser Trend ist bereits seit einigen Jahren statistisch
 51 nachweisbar und uns bekannt. Es gelang der LINKEN insgesamt kaum, Zugänge und damit
 52 Akzeptanz in diese Milieus zu schaffen.

53
 54 Bei folgenden sozialen Bevölkerungsgruppen haben wir nur unterdurchschnittliche
 55 Wahlergebnisse erringen können: Junge Wähler/innen zwischen 18 und 45 Jahren. Bei 45-59
 56 Jährigen haben wir einen Stimmenanteil von 14 %, bei über 60-Jährigen von 15 %. Über die
 57 Landesliste der Partei entsendet unsere Bezirksorganisation Pankow 5 Mitglieder in das des
 58 Abgeordnetenhaus: Elke Breitenbach, Klaus Lederer, Katrin Möller, Marion Seelig und Udo
 59 Wolf. In der BVV wird DIE LINKE mit 11 Verordneten vertreten sein und hat Anspruch auf ein
 60 Stadtratsamt und damit eines weniger als noch 2006 und zwei weniger als 2001.

61
 62 Gemessen an den Stimmenergebnissen von 2006 ist die Piratenpartei der Wahlgewinner, die
 63 einen Zugewinn von 8,9 % in Berlin und im Ostteil sogar von 10,1 % verzeichnen können. Im
 64 Bezirk Pankow kam die Partei auf 10,2 % und ist mit 6 Verordneten in der BVV vertreten. Ein
 65 Stadtratsamt steht ihnen damit aber nicht zu.

66
 67 Die Grünen konnten sich berlinweit auf 17,6 % um 5,4, % verbessern und gewannen – wie
 68 schon 2006 - 2 Wahlkreise im südlichen Prenzlauer Berg direkt. Auf Bezirksebene verbesserten
 69 sie sich um 3,6 % auf nunmehr 20,8 %. Hier setzte sich zum einen ein Trend fort, der durch den
 70 Bevölkerungsaustausch seine wesentliche Dynamik erhält. Dieser wurde jedoch abgebremst
 71 durch den Antritt der Piraten, die besonders in „grünen Hochburgen“ im Ostteil ihre stärksten
 72 Ergebnisse erzielten. Die Grünen werden mit 13 Verordneten in der BVV vertreten sein und
 73 stellen einen Stadtrat.

74
 75 Die SPD musste auf Berliner Ebene Verluste von 2,1 % hinnehmen. Im Bezirk Pankow konnte
 76 sie ihr Ergebnis halten. Grundsätzlich erwies sich die SPD bei diesen Wahlen mit 28,3 % in
 77 Berlin, mit 28,8 % in Berlin Ost und mit 27,9 % in Westberlin als die stärkste politische Partei. In
 78 Pankow wird sie mit 17 Verordneten vertreten sein und hat – wie bisher - Anspruch auf 2
 79 Stadtratsämter.

80
 81 Die CDU gewann auf Berliner Ebene 2,0 % auf 23,3, % und in Pankow 1,3 % auf 13,9, % . Sie
 82 wird mit 8 Verordneten in der BVV vertreten sein und kann ein Stadtratsamt beanspruchen.

83
84 Die FDP ist nicht mehr im Abgeordnetenhaus vertreten und auch nicht in der BVV Pankow.
85

86 Als positiv ist das Abschneiden rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Parteien bei den
87 Ergebnissen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen
88 zu bewerten Waren die Republikaner in der vergangenen Legislaturperiode noch mit einem
89 Verordneten vertreten, haben sie nun kein Mandat mehr errungen. Diese erfreuliche
90 Entwicklung ist dennoch keine Entwarnung. NPD, Die Parteien „DIE FREIHEIT“ und „pro
91 Deutschland“ kommen zusammengerechnet in Pankow auf immerhin 4,5 %. Besonders im
92 Wahlkreis 4 an der Grenze zu Hohenschönhausen konnte DIE FREIHEIT punkten.
93

94 Erststimmenergebnisse

95
96
97 Die zweite politische Zielstellung unserer Partei in Pankow konnte ebenfalls nicht realisiert
98 werden: Erringung der Direktwahlkreise im Bezirk. Trotz des engagierten und vielgestaltigem
99 Wahlkampfes der Direktkandidaten, deren Wahlteams und der Basisorganisationen wurde kein
100 einziger der 9 Direktwahlkreise gewonnen.
101

102 Für die einzelnen Wahlkreise stellen sich die Ergebnisse nach Prozentanteilen folgend :
103

WK	2011 (AGH)	2006 (AGH)	Differenz
1	21,6 %	26,3 %	-4,7 %
2	15,8 %	20,4 %	-4,6 %
3	23 %	29.2 %	-6,1 %
4	24,2 %	25,3 %	-1,1 %
5	22 %	28,8 %	-6,9 %
6	12,4 %	19 %	-6,7 %
7	19,7 %	26,9 %	-8,1 %
8	13,8 %	19,7 %	-5,9 %
9	19,7 %	26,4 %	-6,6 %

104
105
106
107 Damit sind wir in den Wahlkreisen 3, 4 und 5 jeweils die Zweitplatzierten hinter der SPD. In
108 allen anderen Wahlkreisen sind wir auf Platz 3 zurückgefallen.
109

110 **2. Ursachensuche**

111
112
113 Mit der Ursachenanalyse für das schlechte Wahlergebnis ist auf Bezirks- und Landesebene
114 begonnen worden. Der Landesvorstand wird für den Landesparteitag am 26. November 2011
115 Landesparteitages eine detaillierte Analyse erarbeiten.
116

117 DIE LINKE in Berlin hat nun noch einmal 1,7 % verloren. Das ist absolut betrachtet nicht viel
118 und weniger als es die Verluste der SPD sind, bei einem schwachen Ausgangsniveau von 13,4
119 % allerdings bitter.

120 Die damit verlorene Gestaltungsoption als Regierungspartei wird künftig durch eine klare und
121 konstruktive Oppositionspolitik neu zu setzen sein.
122

123 Durch die Stadtgesellschaft wurden die insgesamt positiven Resultate der rot-roten Regierung
124 anerkannt und nicht umfassend abgewählt. Einerseits hatte die Koalition ihre Funktion nach
125 dem Berliner Bankencrash und dem Scheitern der Großen Koalition erfüllt. Und auch die
126 Wählerinnen und Wähler haben sich 2001 nicht für linke Stadtpolitik in einer bankrotten Stadt
127 entschieden, sondern haben gegen die Bankrotteure gestimmt. Andererseits ist es Rot-Rot –

128 so auch der Partei DIE LINKE neue Visionen, Angebote für die notwendige
129 Weiterentwicklungen und neue Ansätze zur Ausgestaltung Berlins, nicht überzeugend genug .
130
131 In der ersten Legislaturperiode war es nicht hinreichend gelungen, die mit der Hoffnung auf
132 Bundeshilfen eingeleiteten Sparmaßnahmen im politischen Diskurs der Stadtgesellschaft zu
133 vermitteln. Kürzungen in der Jugendhilfe, Einführung des Straßenausbaubeitragsgesetzes,
134 Personalabbau im öffentlichen Dienst, Verkauf öffentlichen Eigentums wie der GSW, der GSG
135 oder die Verkäufe über den Liegenschaftsfonds dienten zwar der Wiedererlangung
136 finanzpolitischer Handlungsfähigkeit, entsprachen aber auf der Erscheinungsebene nicht den
137 Erwartungshaltungen an eine linke Stadtpolitik.
138 Die Aufklärung des Bankenskandals und die Rettung der Berliner Sparkasse, die Beendigung
139 des alten Westberliner Filzes, die Schaffung moderner Strukturen der landeseigenen
140 Unternehmen, die erfolgreiche Umstrukturierung des Berliner Krankenhausbetriebes vivantes
141 u.v.a.m. wurden Selbstverständlichkeiten, die man von uns erwartete und die vor allen auf
142 Initiative der LINKEN erfüllt wurden.
143
144 In der zweiten Legislaturperiode konnten zwar alle Wahlaussagen weitgehend eingehalten
145 werden wie Privatisierungsstopp, weitere Konsolidierung der landeseigenen Unternehmen,
146 Bildungsreformen, die Schaffung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) und
147 deutliche Ausweitung direktdemokratischer Instrumente.
148 Diese Projekte wirkten sich auf die Lebensrealität der meisten Berlinerinnen und Berliner nicht
149 unmittelbar erlebbar und nachvollziehbar aus oder wurden als Selbstverständlichkeit Politik der
150 LINKEN nicht honoriert (z.B. Privatisierungsstopp), erreichten zu wenige (ÖBS) oder führten im
151 Detail zu viel Umsetzungsärger (Schulreformen). Andere wurden uns nicht direkt zugeschrieben
152 wie der BerlinPass, der Arbeitsplatzaufbau, die „AV Wohnen“etc..
153 Negativ wirkten sich vermutlich auch die Positionierungen um den Volksentscheid zur
154 Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge der Wasserbetriebe aus. In dieser stadtpolitisch
155 wichtigen Auseinandersetzung war es nicht gelungen, aus einem gemeinsamen Anliegen auch
156 einen gemeinsamen Kampf zu machen.
157 Die Mietenentwicklung hat DIE LINKE in Berlin und ihre Fraktion zwar nicht verschlafen, es
158 aber auch hier nicht vermocht über die Zurverfügungstellung und Präsentation ihrer Expertise
159 hinaus (schon seit 2008), sich mit außerparlamentarischen Akteuren frühzeitig genug jenseits
160 der Koalitionsdisziplin, in der wegen der Realitätsverweigerung der SPD nichts ging, zu
161 verbünden, um Kampagne für bezahlbare Mieten in der Stadt zu machen.
162 Hinzu trat eine öffentliche Wahrnehmung von der Berliner LINKEN, die sie als brave und willige
163 Partnerin an der Seite der SPD erscheinen ließ, der die Kraft und der Wille zu eigenem
164 politischen Profil fehle. Insgesamt wirkte die Koalition zunehmend müde und langweilig bzw. es
165 wurde ein solches Abbild von ihr gezeichnet.
166
167 Auch die **Berliner LINKE als politischer Akteur** vermochte es nicht, einerseits an den
168 hochgesteckten Erwartungen linker Wählerinnen und Wähler anzuknüpfen und andererseits die
169 originären Parteipositionen jenseits der Koalition in die Öffentlichkeit zu bringen.
170 Im Prozess der unmittelbaren Auseinandersetzung zwischen den politischen Wahlkontrahenten
171 Rot-Grün, Wowereit-Künast, kam unsere Partei DIE LINKE nicht vor und konnte auch eigene
172 politische Positionen nicht transportieren und erkennbar machen.
173
174 Dass es dennoch gelungen ist, die Schuldenspirale zu stoppen und dabei trotzdem wichtige
175 sozialpolitische Projekte umzusetzen und die Stadt wieder auf einen Kurs wirtschaftlicher
176 Dynamik zu bringen, fand keine nachhaltige Anerkennung, weder in der eigenen Parteibasis
177 noch in der Wählerschaft.
178
179 Ungenügend gelang es der Partei vor Ort und in den verschiedensten gesellschaftlichen
180 Gremien gebunden und verankert zu sein. Eine Wiederbelebung des Anspruchs einer
181 Kümmererpartei auf neue Art wäre dringend geboten. Dies hat verschiedene Ursachen:
182 Einerseits die hohe Überalterung unserer Mitgliedschaft und andererseits
183 die Unterrepräsentanz der Erwerbsgeneration in der aktiven Parteiarbeit

184 Zu wenig ist es dem Landeswahlbüro gelungen, die inhaltliche Breite und Tiefe unsere
185 politischen Angebote mit dem Kolorit der vielen öffentlich bekannten Kandidatinnen und
186 Kandidaten zu verbinden.

187
188 Darüber hinaus trugen die innerparteilichen Auseinandersetzungen nicht zum soliden
189 Erscheinungsbild der Partei als Ganzes bei. Dies betraf sowohl die Bundes- als auch die
190 Landesebene. Das öffentliche, teilweise in den Medien kaprizierte, Austragen von politischen
191 Differenzen linker Spitzenpolitiker war im Wahlkampf nicht hilfreich. Dieses unbefriedigende
192 politische und kulturelle Erscheinungsbild von Teilen der Parteiführungen prägte das öffentliche
193 Medienbild im Vorwahlkampf und in der heißen Wahlkampfphase nicht unwesentlich mit.

194
195

196 **3. Pankower Wahlkampf**

197

198 Der Pankower Wahlkampf orientierte sich inhaltlich und organisatorisch an der politischen
199 Ausrichtung des Wahlkampfes der Landespartei DIE.LINKE zum Berliner Abgeordnetenhaus
200 und den Bezirksverordnetenversammlungen. Die vier konzipierten Wahlkampfphasen – 1.)
201 Vorwahlkampf mit öffentlichem Bekanntmachen bei zivilgesellschaftlichen Strukturen sowie
202 organisatorischer Aufbau der Wahlkreisteams, 2.) Plakatierung und Standaktionen 3.) heißer
203 Wahlkampf mit Steckaktionen und vielen Infoständen 4.) der 48-Stunden-Wahlkampf - wurden
204 konsequent umgesetzt. Der Wahlkampf im Bezirk war vor allem als Straßenwahlkampf
205 ausgerichtet. Kommunikationsmittel sind Themen- und Personenplakate, Infostände und
206 „Gesicht zeigen“ bei möglichst allen relevanten Aktivitäten in den Pankower Direktwahlkreisen.
207 An bewährte Wahlkampfmethoden knüpften wir an: Steckaktionen, Annoncen, Bürgerbriefe und
208 Postkarten.

209

210 Das Besondere dieses Wahlkampfes war, dass er ausschließlich auf den dezentralen
211 Wahlkampf setzte und erfolgreich umsetzte.

212 Der Basiswahlkampf wurde mit den Genossinnen und Genossen vor Ort geführt. Hierbei hatten
213 wir 9 Direktwahlkreise bildet. Ihnen oblag in engster Abstimmung mit den Basisorganisationen
214 die Unterstützung des Wahlkampfes der Direktkandidatin / des Direktkandidaten. Die
215 ehemaligen Mitglieder und die neuen Kandidatinnen und Kandidaten zur
216 Bezirksverordnetenversammlung Pankow waren mit eingebunden – dies gelang in
217 unterschiedlicher Weise und mit differenziertem Erfolg.

218 Nicht unproblematisch war die unterschiedliche Unterstützung der DirektkandidatInnen in den
219 Wahlkreisen. In zwei Wahlkreisen (1 und 5) gab es einzelne Basisorganisationen, die einen
220 direkten Wahlkampf versagten. Dies hat die Wahlkampfkraft vor Ort sehr deutlich eingeschränkt
221 und geschwächt. Hier ist ein offener Diskurs der verschiedenen Ebenen und Akteure für die
222 weitere Parteiarbeit zu organisieren.

223 Zunehmend mussten wir konstatieren, dass Mobilisierungsfähigkeit in den Direktwahlkreisen
224 aus Altersgründen deutlich nachgelassen hatte. Dies betraf im besonderen Maße die
225 Wahlkreise 6 und 7.

226 Die strategische Ausrichtung des Pankower Wahlkampfes auf eine Dezentralisierung führte im
227 stärkeren Maße zur Personalisierung vor Ort. Die DirektwahlkreiskandidatInnen waren nicht nur
228 wesentlich stärker politisch und organisatorisch herausgefordert, sie waren unmittelbare
229 Ansprechpartner und die Kiezakteure.

230

231 Ein Jugendwahlkampf konnte nicht stattfinden, da einerseits solid Pankow sich aufgelöst hatte
232 und die verbliebenen jungen Genossinnen und Genossen sich in andere Strukturen
233 organisierten. Leider war dies nicht ein spezifisch Pankower Problem.

234 Dennoch kann bilanziert werden, dass es insbesondere durch die dezentrale
235 Wahlkampfleitung gelungen ist, eine sehr hohe Mobilisierung zu erzielen. Beispielsweise
236 wurde der Landesverband in den Umfragen seit Ende vergangenen Jahres immer schlechter
237 bewertet – von 17 auf 8 % im August d.J. Dies führte zu einem Schock und einer Lähmung der
238 Partei. Aber bereits nach einer Woche besann sich die Partei und mobilisierte alle Kräfte für
239 einen intensiven Wahlkampf. In einem beachtlichen Engagement wurden Aktivitäten entwickelt

240 und durchgeführt wie kaum in den früheren Wahlkämpfen. Dazu gehörten über 200 Infostände (241 Früh-, Normal-, Abend-, fliegende Info Stände). 8 Transparentaktionen mit Konzentration auf 242 den 48-Stunden-Wahlkampf wurden vor allem an Kreuzungen durchgeführt. 200 Plakate 243 unseres Spitzenkandidaten Harald Wolf, 1.500 Themen- und 1.800 Personen- sowie 300 244 Bürgermeisterinnenplakate Christine Keil wurden gehangen. Durch die bezirkliche 245 Wahlkampfplanung wurden aufgrund der vielen Nachfragen Anforderungen 900 Themenplakate 246 nachgeordert, die auch alle aufgehangen worden.

247
248 Die Bezirksorganisation hatte eine tatkräftige Unterstützung vor allem aus dem Bundestagsbüro 249 von Stefan Liebich, Thomas Nord als auch anderen Bundestagsabgeordneten. Hilfe kam auch 250 aus den Landesverbänden Sachsen, Thüringen und vor allem Brandenburg, die bei Steck- und 251 Verteilaktionen intensiv mitwirkten. Eine besondere Unterstützung erfuhr Elke Breitenbach im 252 Berliner Wahlkreis 1 mit dem Wahlmobil des BT-Abgeordneten. Es war 6 x im Einsatz.

253
254 Auf eigene Feste und Saalveranstaltungen wurde bereits zu Beginn der Wahlkampfplanung 255 verzichtet. Gut angenommen wurden das 1.-Mai-Fest an der Bötzw-Eiche, das Kinderfest am 256 Kollwitzplatz am 6. Juni, die Gesprächsrunde Roter Salon“ mit Andrej Hermlin und Heidi Knake- 257 Werner zu Gast bei Klaus Lederer, das Forum „Brot, Pop und Politik“ am 14. September mit 258 Spitzenkandidat Harald Wolf und mit Oskar Lafontaine. Diese Veranstaltungsformate sprachen 259 die Parteimitglieder als auch darüber hinaus der LINKEN Nahestehende.

260 Darüber hinaus wurden Veranstaltungen mit allen Kandidaten in allen Direktwahlkreisen sowie 261 eine Vorstellungsrunde aller Pankower KandidatInnen für das Bürgermeistamt durchgeführt, die 262 auf eine positive Resonanz stießen. Dies waren die wenigen öffentlichen Möglichkeiten, 263 Menschen über die eigene Anhängerschaft hinaus im Gespräch und im Disput zu den 264 Mitbewerbern die eigenen politischen Botschaften direkt zu vermitteln. Im Ergebnis der 265 verschiedensten Veranstaltungen kann man konstatieren, dass unsere KandidatInnen stets am 266 überzeugtesten die jeweilig gefragten Parteipositionen vermitteln konnten.

267 Die Wahlkundgebung auf dem Antonplatz am 14. September kann in seiner Außenwirkung als 268 sehr erfolgreich eingeschätzt werden. Es wurden damit intensive und wirkungsvolle Bilder 269 geschaffen und medial eine kämpferische, engagierte Partei vermittelt. Es haben ca. 500 270 Personen teilgenommen – Parteimitglieder als auch eine Vielzahl von Nichtparteiliegern.

271
272 Der Bezirksverband wurde neben der Vielzahl von Wahlprüfsteinen auf Landesebene ebenfalls 273 angefragt. Mit direkter Unterstützung unserer BVV-Fraktion wurden unsere politischen 274 Positionen zu Musikschulen, zur Stadtraumentwicklung Heinersdorf, zur Zukunft der 275 Schwimmhalle Wolfshagener Str., zu verschiedenen Seniorenproblemen, zur Weiterentwicklung 276 Pankower Frauenprojekte u.w. abgefragt.

277
278 Die finanziellen Mittel für den Wahlkampf unserer Pankower Bezirksorganisation wurden 279 gegenüber dem ursprünglichen Planansatz um 30 % überschritten, so dass in der Abrechnung 280 fast 34 T€ zu Buche stehen. Vor allem Personenfolder, zusätzliche Themenplakate, Ballongas, 281 Give aways u.a.m. trugen zu den Mehrausgaben bei. Die Entscheidung dafür wurden vor dem 282 Hintergrund der schlechten Wahlumfragen getroffen und erwiesen sich als gerechtfertigt.

283
284 Die bezirkliche Wahlkampfplanung koordinierte und unterstützte organisatorisch im engsten 285 Zusammenwirken mit der Geschäftsstelle den gesamten Wahlkampf. Im Ergebnis konnten die 286 vielfältigsten Aktivitäten – von der Plakatierung begonnen, über die verschiedensten 287 Standaktionen, die aktive Begleitung der unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen und 288 Feste, bis hin zu den Transparenzvorhaben - abgesichert und materiell unterstützt werden. Die 289 Abstimmung mit den Direktwahlkreisen standen dabei im Vordergrund. Dabei galt es vor allem, 290 die örtlichen Potenziale zu mobilisieren und zu bündeln. Dennoch war es nicht gelungen eigene 291 Akzente zu setzen – auch jenseits der landespolitischen Tendenzen. Zu geringe 292 Eigenständigkeit, zu wenig Personal, zu wenig Entscheidungskraft waren als weniger positiv zu 293 bewerten. Dies wirkte sich auch auf die ungenügende Mobilisierung zur Nutzung der 294 elektronischen Medien aus. Die bezirkliche Internetpräsentation als auch die Nutzung der 295 Mailinglisten für die schnelle Informationsvermittlung und für den lockeren Gedanken- und

296 Meinungs­austausch wurden ordentlich gesichert, während facebook und andere Formen der
297 elektronischen Kommunikation aus Pankower Sicht keine Rolle spielten, sondern eher über die
298 Direktkandidatinnen und Direktkandidaten und vor allem über jüngere Parteimitglieder verstärkt
299 genutzt wurden. Diese Möglichkeiten gilt es in der künftigen Parteiarbeit und vor allem in den
300 kommenden Wahlkämpfen intensiver und gezielter zu nutzen, anzuwenden. Dafür sind die
301 organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.
302

303 Die Wahlauswertung muss in den Ortsteilverbänden und Basisorganisationen weitergeführt
304 werden. Diese sollen zu entsprechenden Ableitungen und Schlussfolgerungen für die weitere
305 politische Arbeit in der Pankower Bezirksorganisation führen.

306 Dazu soll der neu gewählte Bezirksvorstand in einer Form, die von Anfang an eine stärkere
307 Teilhabe und Einbindung von Basisvertretern vorsieht, im Rahmen einer Klausur und daraus
308 abgeleiteten Arbeitsgruppen die Restrukturierung der Bezirksorganisation in Angriff nehmen.
309

310 Im Ergebnis der Analyse und der entsprechenden Debatten auf Bezirks- und Landesebene
311 wollen wir auf Bezirksebene zu entsprechenden politischen Schlussfolgerungen und
312 Beschlüssen für die weitere politische Arbeit kommen. Dazu plant der Bezirksvorstand u.a. die
313 Durchführung einer Klausur noch in diesem Jahr. Im Ergebnis des Forums Parteireform und
314 des Landesparteitag Anfang nächsten Jahres werden wir eine Hauptversammlung durchführen.
315 Neben der Reorganisation unserer Bezirksorganisation wollen wir politische Projekte für
316 Pankow entwickeln, mit denen man uns zukünftig als Partei identifizieren kann.